

Studienmöglichkeiten für Geflüchtete: Wie geht es weiter?

ERGEBNISSE EINER KONFERENZ AM 23. NOVEMBER 2016, FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG BERLIN

Bei der Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft ist ihre Teilhabe an Bildung und Ausbildung von großer Bedeutung. Auf der Konferenz stand die Frage im Mittelpunkt, welche Angebote und Maßnahmen Hochschulen in Deutschland etabliert haben, um Geflüchteten den Weg in ein Studium zu

erleichtern. Zunächst werden erste Ergebnisse einer Befragung von Hochschulen und Praxisbeispiele vorgestellt, dann Erfolgsfaktoren bei der Integration von Geflüchteten in ein Studium benannt. Am Ende stehen Handlungsbedarfe und Empfehlungen für Politik und Hochschulen.

Um Erkenntnisse über den Hochschulzugang von Geflüchteten in Deutschland zu erhalten, hat der Arbeitsbereich Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin im Jahr 2015 eine Umfrage bei den Pressestellen der für die Hochschulen zuständigen Länderministerien durchgeführt. Die Rücklaufquote war hoch, sodass die Antworten aus zwölf Bundesländern in einem Papier publiziert werden konnten.¹

Darauf aufbauend wurde in einer öffentlichen Konferenz Anfang Februar 2016 mit Geflüchteten und Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Frage diskutiert, welche Möglichkeiten und Herausforderungen es beim Hochschulzugang für Geflüchtete derzeit gibt.² Ein wichtiges Ergebnis der damaligen Debatte war, dass sich die Hochschulen intensiv für die Integration von Geflüchteten engagieren, ein sehr großer Teil der Angebote jedoch auf ehrenamtlicher Hilfe, überwiegend studentischer Initiativen, basiert. Auch wenn das ehrenamtliche Engagement eine wichtige Rolle bei der Integration von Geflüchteten in ein Studium spielt, wurde auf die Notwendigkeit stabiler Lösungen und dauerhafter Strukturen verwiesen, um allen Studierwilligen mit den notwendigen Voraussetzungen – unabhängig von ihrer Herkunft – ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Die Hochschulen sollten

dauerhafte Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete etablieren, um ihnen den Weg an die Hochschulen zu ebnen und fluchtbedingte Belastungen und Benachteiligungen auszugleichen, beispielsweise über Sprachkurse, Studienkollegs und kompetente Beratung.

Die folgende Fachkonferenz am 23. November 2016 widmete sich der Frage, welche Maßnahmen und Angebote die Hochschulen inzwischen etabliert haben und in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf besteht.

MASSNAHMEN VON HOCHSCHULEN ZUR INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN IN EIN STUDIUM — ERGEBNISSE EINER BEFRAGUNG

Mit der Frage, welche institutionellen Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in ein Studium die Hochschulen etabliert haben, beschäftigte sich auch das **Forschungsprojekt „Institutionelle Anpassungsfähigkeit von Hochschulen“**, das am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung

(BIM) der Humboldt-Universität durchgeführt und durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert wurde. Dabei handelte es sich um eine strukturierte Befragung von Hochschulen per Online-Fragebogen, deren Ergebnisse inzwischen vorliegen und online abrufbar sind.³ Über erste Ergebnisse der Studie berichteten die Leiterin des Forschungsprojekts, Prof. Dr. Julia von Blumenthal, und Projektmitarbeiter Steffen Beigang.⁴ Die Datenerhebung und -auswertung war zum Zeitpunkt der Konferenz noch nicht abgeschlossen.⁵ Bis dahin hatten sich von 392 staatlichen und staatlich anerkannten privaten Hochschulen 86 Hochschulen an der Umfrage beteiligt. Vorgestellt wurden Zwischenergebnisse aus vier ausgewählten Themenblöcken:

1. Zulassungsverfahren zum regulären Studium

- *Besondere Regelungen für Geflüchtete:* Hochschulen tendieren dazu, die Hürden für Geflüchtete im Bewerbungs- bzw. Zulassungsverfahren zu verringern, doch ist kein eindeutiges Muster der Anpassung von Regelungen zu erkennen. Deutlich wird eine zentrale Rolle der Studienkollegs beim Hochschulzugang. Etwa ein Viertel der befragten Hochschulen führt hochschuleigene Aufnahme-/Feststellungsprüfungen oder ein Vorbereitungsstudium durch, nur sehr wenige Hochschulen haben fachspezifische Studierfähigkeitstests etabliert.
- *Notwendiger Aufenthaltsstatus:* Obwohl für die Aufnahme eines Studiums rechtlich kein spezifischer Aufenthaltsstatus erforderlich ist,⁶ zeigen sich bei der BIM-Befragung Unterschiede zwischen den Hochschulformen: Die große Mehrheit der Universitäten gibt an, dass für die Aufnahme eines Studiums kein bestimmter Aufenthaltsstatus vorausgesetzt wird, aber nur knapp die Hälfte der Fachhochschulen. Die Universitäten scheinen in dieser Frage „liberaler“ zu agieren.
- *Fluchtbedingt fehlende Unterlagen:* In der Beratung ist das Thema schon relativ stark präsent. Dagegen spielt es im Bewerbungsverfahren bisher kaum eine Rolle, vermutlich weil es aufgrund des Zeitfaktors dort noch nicht „angekommen“ ist.

2. Studienvorbereitungsprogramme an Hochschulen

- *Hochschulformen:* Universitäten bieten deutlich häufiger studienvorbereitende Programme für Geflüchtete an als Fachhochschulen. Ein starkes Gewicht haben dabei fachübergreifende Programme.

- *Inhalte:* Deutschkurse sind sowohl in fachspezifischen als auch in fachübergreifenden Studienvorbereitungsprogrammen stark vertreten. Häufige Bestandteile sind zudem interkulturelle Orientierungsprogramme und Beratungs- und Betreuungsangebote. Nur sehr selten sind Englischkurse und Frauen- und Familienprogramme enthalten.
- *Kooperationen:* In fachspezifischen Programmen kooperieren die Hochschulen wenig mit externen Partnern. Dagegen spielen bei fachübergreifenden Programmen Kooperationspartner eine wichtige Rolle, vor allem Ausländerbehörden, Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete und Flüchtlings(hilfs)netzwerke, aber auch kommunale Akteure und die Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter.
- *Fachrichtungen:* In den fachspezifischen Programmen liegen die Schwerpunkte in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, den Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften.
- *Finanzierung:* Der DAAD ist der zentrale Akteur bei der Finanzierung. Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung fördert er fast alle Maßnahmen und Angebote der Hochschulen ganz oder teilweise. In einem guten Drittel aller Fälle beteiligen sich auch die Hochschulen an der Finanzierung.

3. Unterstützungsangebote für Geflüchtete am Beispiel der Buddy-Programme:

Buddy-Programme sind bewährte Instrumente an Hochschulen. Auch hier übernimmt der DAAD eine zentrale Finanzierungsrolle. Universitäten bieten häufiger Buddy-Programme an als Fachhochschulen. Fast alle großen Hochschulen (mit mehr als 30.000 Studierenden) haben solche Programme. Ein großer Teil wird von Studierenden betrieben.

4. Koordinierungsstellen

Die Hochschulen gehen davon aus, dass es sich bei der Arbeit für Geflüchtete um ein kontinuierliches Thema handelt. Mehr als die Hälfte der Hochschulen hat deshalb eine dauerhafte Koordinierungsstelle eingerichtet, die meistens am International Office (bzw. Akademischen Auslandsamt) angesiedelt ist.

In ihrer **Zwischenbilanz** betonte von Blumenthal, dass sich viele Hochschulen dafür einsetzen, die Bildungsaspirationen von Geflüchteten⁷ aktiv zu unterstützen. Universitäten engagierten sich bisher deutlich stärker

ker als Fachhochschulen. Insgesamt sei bei den Hochschulen ein starkes Bemühen festzustellen, Geflüchtete „abzuholen“ und ihnen einen gleitenden Übergang in ein Studium zu ermöglichen (vom Sprachkurs über fachübergreifende und fachspezifische Programme zum regulären Studium). Etablierte Instrumente im Umgang mit ausländischen Studierenden würden in der Regel für Geflüchtete übernommen. „Das Engagement der Hochschulen war **kein Strohfeuer**, sondern ist langfristig angelegt“, resümierte von Blumenthal.

In der Diskussion wurde großes Erstaunen über den Befund geäußert, Universitäten würden den Zugang zum Studium „liberaler“ gestalten als Fachhochschulen. Die **Zugangsvoraussetzungen** seien durch den KMK-Beschluss vom Dezember 2015 rechtlich klar geregelt, etwa im Hinblick auf fehlende Unterlagen. Auch gebe es klare Verfahren für die Anerkennung der Hochschulzugangsberechtigung (HZB), beispielsweise über uni-assist und TestAS. Von Blumenthal wies darauf hin, dass die Ursachen für diese Unterschiede bei der näheren Auswertung erst noch ermittelt werden müssen. Es könne sachliche Gründe dafür geben, dass manche Hochschulen einen spezifischen Aufenthaltsstatus für die Zulassung fordern. So habe zum Beispiel in der Befragung eine Fachhochschule darauf hingewiesen, dass sie verstärkt duale Studiengänge anbietet, was eine Arbeitserlaubnis und damit einen bestimmten Aufenthaltsstatus erfordert.

In verschiedenen Diskussionsbeiträgen wurde zum Ausdruck gebracht, dass aus den Daten der Befragung nicht herausgelesen werden dürfe, dass **Fachhochschulen** weniger Interesse an einer Integration von Geflüchteten in ein Studium haben oder dass sie hier weniger aktiv als Universitäten sind. Vielmehr engagierten sich die Fachhochschulen bereits stark in diesem Bereich. Die Gründe für die bisher stärkere Beteiligung der Universitäten seien vielfältig; unter anderem sei die Hochschulform „Fachhochschule“ im Ausland weniger bekannt, weshalb sich Studieninteressierte mit Fluchthintergrund häufig auf ein Universitätsstudium fokussierten.

Die Befragung liefert keinen eindeutigen Blick darauf, wie die Hochschulen bei Geflüchteten mit den **Dienstleistungen von uni-assist** (Vorprüfung der Dokumente) umgehen. Manche Hochschulen scheinen in diesen Fällen eher stärker darauf zurückzugreifen. Ein Grund könnte sein, dass die Prüfung der HZB aus vielen Ländern dieser Welt eine Expertise erfordert, die Hochschulen kaum selbst erreichen können. Die oft geäußerte Kritik an der Qualität der Dienstleistung von uni-assist sei von dieser Frage getrennt zu diskutieren, so von Blumenthal.

Aus der BIM-Befragung geht hervor, dass die Hochschulen das Thema **Traumatisierung von Geflüchteten** als sehr wichtig betrachten. In der Beratung werden Traumatisierungen deutlich oder thematisiert, doch ist noch unklar, in welchem Umfang und auf welchem professionellen Niveau die Hochschulen darauf reagieren. Institutionell verankerte professionelle Unterstützungsstrukturen sind in diesem Bereich aber nicht vorhanden.

Ein Fokus des Forschungsprojekts lag auf der Frage, ob die geschaffenen Strukturen an Hochschulen **geschlechtersensibel** gestaltet sind und gerade geflüchteten Frauen ein erfolgreiches Studium ermöglicht wird. Bei den Buddy-Programmen zeigte sich, dass die Mentor_innen weit überwiegend weiblich sind, aber nur 10 bis 20 Prozent der teilnehmenden Geflüchteten. **Frauenförderprogramme** sind nur an sehr wenigen Hochschulen explizites Thema, doch gibt es an den befragten Hochschulen offenbar ein Bewusstsein dafür, dass weibliche Geflüchtete nicht nur auf dem Weg in ein Studium unterstützt werden müssen, sondern auch mehr weibliche Geflüchtete für ein Hochschulstudium gewonnen werden sollten.

PRAXISBEISPIELE: UNTERSTÜTZUNGS- UND BERATUNGSANGEBOTE FÜR GEFLÜCHTETE AN HOCHSCHULEN

Projekt „HAWK Open“ der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen

Das Projekt „HAWK Open“ umfasst verschiedene Angebote für Geflüchtete: Individuelle Beratung, Orientierungs- und Informationsveranstaltungen, Intensivsprachkurse, Sprach- und Kultur tandems sowie die Vermittlung in eine Gasthörerschaft oder ein Regelstudium.⁸ Das Projekt wird vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur von 2015 bis 2018 gefördert, hinzu kommen Mittel aus DAAD-Programmen. In der Hochschule ist HAWK Open bei der Vizepräsidentin für Studium, Lehre und Weiterbildung angesiedelt. Es wurden eineinhalb feste Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen geschaffen, die für drei Jahre an den drei Standorten tätig sind.

Carsten Rumbke, Koordinator des Projekts HAWK Open, hob einige Punkte hervor, auf die besonderer Wert gelegt wird. Dazu gehört, dass erbrachte Prüfungsleistungen im Rahmen einer Gasthörerschaft oder bei Tandemkursen auf ein späteres Studium angerechnet

werden können. Einen hohen Stellenwert haben **Beratungsangebote** für Geflüchtete, insbesondere eine offene Sprechstunde mit Studierenden, teilweise selbst mit Migrationshintergrund. Dies sei sehr hilfreich, weil Geflüchtete aus ihren Heimatländern oft deutlich **andere Lernerfahrungen** und bestimmte Vorstellungen über ihren Ausbildungsweg mitbringen: „Sie sind beim Lernen tendenziell durch Frontalunterricht, Auswendiglernen und geringes Hinterfragen geprägt und den kritischen Umgang mit Quellen nicht gewohnt. Viele wünschen sich klar strukturierte Angebote und neigen zu einer linearen Denkweise: Zuerst muss ich Deutsch lernen, bevor ich weitere Angebote wahrnehmen kann“, sagte Rumbke. Solche Prägungen müssten bei der Beratung berücksichtigt werden. Im Projekt HAWK Open wird auch mit studentischen Gruppen zusammengearbeitet, die durch ehrenamtliche Arbeit, vor allem durch **persönliche und direkte Unterstützung**, einen sehr wichtigen Beitrag bei der Integration von Geflüchteten an der Hochschule leisteten, so Rumbke. Insgesamt hätten **Kooperationen** eine große Bedeutung, sowohl hochschulintern mit verschiedenen Abteilungen (z.B. Auslandsamt, Sprachenzentrum), als auch extern mit verschiedenen kommunalen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

„Welcome@FU Berlin“ der Freien Universität Berlin

An der FU Berlin wurden verschiedene Angebote etabliert, um geflüchteten Menschen den Zugang zum Studium zu erleichtern.⁹ Dazu gehören Sprachkurse, Studienvorbereitungskurse, der Besuch von ausgewählten Lehrveranstaltungen und ein Buddy-Programm. Zunächst waren an der Universität verschiedene ehrenamtliche Initiativen von Studierenden und Lehrenden entstanden, dann konzipierte die Hochschulleitung ein **Komplettprogramm für die Studienvorbereitung**. Ausgangspunkt waren **Sprachkurse** im Oktober 2015, an denen 72 Studierende mit Fluchthintergrund teilnahmen. Schon im ersten Jahr war die Nachfrage deutlich größer als das Angebot. Im Oktober 2016 konnten 21 Absolvent_innen der Sprachkurse zum regulären Studium an der FU Berlin zugelassen werden. Im September 2016 hat eine neue Kohorte von 100 Studierenden mit einem Sprachkurs begonnen. Außerdem befinden sich 80 Studieninteressierte in studienvorbereitenden Kursen (Studienkollegs).

Zudem wurden etwa **hundert Lehrveranstaltungen** für Geflüchtete geöffnet, die dabei auch Leistungspunkte erwerben können. Dies habe den Bedarf an Studienberatung deutlich erhöht, berichtete Dr. Florian Kohstall, Koordinator des Programms Welcome@

FU Berlin. Die Universität betrachte es als ihre gesellschaftliche Verantwortung und Teil ihres Bildungsauftrags, sich bei der Integration von Geflüchteten in die Hochschule zu engagieren, so Kohstall. Deshalb unterstütze sie zum Beispiel auch das Projekt Adopt an Academic, ein **Mentoringprogramm** für geflüchtete und gefährdete Wissenschaftler_innen. „Aus meiner Sicht wäre es sehr wichtig, zwischen Verwaltungshandeln und politischem Diskurs eine stärkere Übereinstimmung zu erreichen“, meinte Kohstall. Häufig würden den Geflüchteten unrealistische Vorstellungen vermittelt – etwa dass ein Programm direkt ins Studium führt, ohne dass die notwendigen Voraussetzungen klar benannt werden. Dies führe dann zu Enttäuschungen, wenn der Zugang in den gewünschten Studiengang nicht möglich ist.

Bündnis „Hochschule ohne Grenzen“ (HoG) der Leuphana Universität Lüneburg

Das Bündnis Hochschule ohne Grenzen (HoG) ist eine Initiative von Studierenden und Lehrenden der Leuphana Universität in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren. Ziel ist es, für Geflüchtete ein ganzheitliches Bildungs- und Begleitungsangebot an der Hochschule zu schaffen.¹⁰ Aus einer kleinen ehrenamtlichen Initiative von drei Studierenden im März 2015 wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit fünf Programmteilen und zehn Koordinationsstellen. Tom Schmidt, studentischer Sprecher des Bündnisses, stellte die fünf Bausteine des Programms vor, die in vernetzter Form angeboten werden. Das **Gasthörerprogramm** wurde für Geflüchtete geöffnet (Open Lecture Hall), ergänzt durch ein verpflichtendes **Buddy-Programm**. Im **Brückenstudium** haben Geflüchtete die Möglichkeit, einzelne Module zu studieren. Die in den Studienprogrammen erworbenen Zertifikate können über credit points auf ein späteres Studium angerechnet werden; eine begleitende Beratung ist obligatorisch. Darüber hinaus werden **Sprachkurse**, ein Tandem-Programm und ein Lehramtsqualifikationsprogramm angeboten. Bei der **Vermittlung in ein Regelstudium** spielt die Kooperation mit Kiron Open Higher Education, einem Social Start Up zur Unterstützung von Geflüchteten in ein Studium, eine wichtige Rolle.

Einen zentralen Stellenwert hat das **Welcome and Learning Center**, das im Rahmen einer „offenen Hochschule“ als interkultureller Raum in der Lüneburger Innenstadt eingerichtet wurde. Hier werden Studierwillige mit Fluchthintergrund zu Lern-, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten beraten und informelle Begnungen zwischen Studierenden und Geflüchteten

möglich. In der **No Border Academy** können Studierende und Wissenschaftler_innen über selbst organisierte Bildungsveranstaltungen ihre Expertise weitergeben sowie journalistisch am „No Border Magazin“ mitwirken. Die Serviceleistungen im Center werden stark nachgefragt und können auch den Weg in ein Studium ebnen. Dies zeigen die Erfahrungen von Sahar Hashimzada, einer aus Afghanistan geflüchteten Studentin der Politikwissenschaften. Im Center erfuhr sie von den Studienmöglichkeiten an der Leuphana Universität, wo sie derzeit an einem Brückenstudium teilnimmt. Sie habe sich gleich willkommen gefühlt, so Hashimzada, und das Center sei zu ihrem „zweiten Zuhause“ geworden. Die Studentin engagiert sich bei der No Border Academy und bei Kiron Open Higher Education für den Aufbau eines Refugee Woman Empowerment Programms.

„Am wichtigsten ist die **Zusammenarbeit der Hochschule mit der Zivilgesellschaft**“, sagte Schmidt. Gegenwärtig arbeitet das Bündnis auch an einem überregionalen Netzwerk (Europe Welcomes!) und veranstaltet dafür sogenannte „co-creaid festivals“ zur Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Hochschulen.

academic experience Worldwide e.V. – Tandemprogramme für geflüchtete Akademiker_innen an verschiedenen Hochschulen

Merle Becker, Gründerin von academic experience Worldwide e.V. und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Goethe-Universität (GU) Frankfurt am Main, stellte ein Tandemprogramm für geflüchtete Akademiker_innen und Studierende vor.¹¹ 2013 entschied sie sich zusammen mit einer Kommilitonin für die Einrichtung des Programms academic experience Worldwide e.V., das auf dem **Prinzip der gegenseitigen Hilfe** beruht: Die geflüchteten Wissenschaftler_innen haben einen fachlichen Vorsprung und bringen ihre kulturellen Erfahrungen ein, die Studierenden sind in Deutschland integriert und sprechen die deutsche Sprache. So können beide Seiten voneinander profitieren. „Wir wollten kein Programm initiieren, das alte Hierarchien verstärkt, und haben uns deshalb bewusst gegen ein Buddy- oder Mentoringprogramm entschieden, wo eine Person einer anderen Person hilft“, sagte Becker. Das Tandemangebot gibt es inzwischen an drei Standorten: Neben der Goethe-Universität in Frankfurt am Main auch an der Humboldt Universität zu Berlin und an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. In Frankfurt wurde zudem die Vortragsreihe **Opening Academia** gestartet, wo geflüchtete Wissenschaftler_innen Vorträge über ihre fachlichen Themen halten und ihren Blick auf Forschung und Lehre präsentieren.

academic experience Worldwide e.V. ist ein sehr kleiner Verein mit ausschließlich ehrenamtlich Engagierten im organisatorischen Bereich. Er verfügt über keine eigenen finanziellen Mittel und auch nicht über die notwendigen Räumlichkeiten. Deshalb spielen Kooperationen bei der Umsetzung der Projekte eine zentrale Rolle. Gegenwärtig wird zusammen mit der ZEIT-Stiftung und der Stiftung Polytechnische Gesellschaft ein gemeinsames Projekt für geflüchtete Lehrer_innen geplant. „Ein wichtiges Ziel unserer Projekte ist es, dass das **eindimensionale Bild ‚des Flüchtlings‘** bzw. die Vorstellung einer homogenen Masse der Geflüchteten aufgebrochen wird. Es soll deutlich werden, dass Geflüchtete Menschen sind, von denen wir ganz viel lernen können“, sagte Becker.

ERFOLGSFAKTOREN BEI DER UNTERSTÜTZUNG VON GEFLÜCHTETEN IN EIN STUDIUM

In den vorgestellten Praxisbeispielen und in der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Erfolgsfaktoren deutlich:

- Zusammenwirken von Initiativen von „unten“ (Studierende und Lehrende) und Maßnahmen von „oben“ (Hochschulleitung), ergänzt durch schnelle finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder
- Kombination aus institutionell verankerten Beratungs-, Anlauf- und Koordinationsstellen (z.B. International Office der Hochschule) und informellen, persönlichen Betreuungs- und Unterstützungsangeboten
- Öffentliche Aufmerksamkeit für ehrenamtliche Initiativen, z.B. durch Berichte in den Medien, die eine Unterstützung durch die Hochschulleitung befördern können (finanzielle Mittel, institutionelle Verankerung)
- Angebot von Sprachkursen und Studienkollegs, die sehr stark nachgefragt werden und wichtige Integrationsfunktionen haben
- Buddy- und Tandemprogramme, wo die Beteiligten voneinander lernen
- Mentoringprogramme (Peer-to-Peer) für geflüchtete Wissenschaftler_innen, da erfahrene Wissenschaftler_innen über Kontakte und Informationen verfügen, die die Integration in die Wissenschaftslandschaft erleichtern
- Flexibilität der Angebote, die nicht nur eine lineare Abfolge, sondern gleichzeitige Kombinationen ermöglichen (Sprachkurs, fachspezifische Veranstaltungen, Brückenkurse, Gasthörerschaft, Lehrveranstaltungen)

- Frühzeitige Verbindung von Spracherwerb und studienvorbereitenden Elementen (z.B. Kompetenzen in wissenschaftlichem Arbeiten, Informationen über das Hochschulsystem in Deutschland)
- Möglichkeit der Anrechnung von erbrachten Leistungen (in Brückenkursen, Gasthörerstudium) auf ein späteres Studium
- Nutzen von Facebook oder Messenger-Apps für schnelle Kommunikation mit Geflüchteten
- Niedrigschwellige persönliche Beratungsangebote, z.B. regelmäßige offene Sprechstunden, wo Geflüchtete ohne Termin vorbeikommen können und Studierende und Hochschulangehörige unbürokratisch Unterstützung anbieten
- Einbindung von Engagierten mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund oder mit Sprachkenntnissen aus den Heimatländern der Geflüchteten (Peers) bei der Beratung und Begleitung, was auch die Willkommenskultur unterstützt
- Zusammenarbeit und Vernetzung der Hochschule mit vielfältigen externen Kooperationspartnern aus Kommune und Zivilgesellschaft
- Öffnung der Hochschule in die Gesellschaft (gemeinsame Aktivitäten, Treffpunkte im Sozialraum, Schaffen interkultureller Begegnungsräume)

POSITIVE BILANZ: REAKTION DER HOCHSCHULEN UND DER POLITIK AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN

In der Diskussion herrschte Einigkeit, dass die Hochschulen insgesamt sehr schnell und produktiv auf die Herausforderungen durch die steigende Zahl an Geflüchteten reagiert haben. Nach Dr. Jens-Peter Gaul, Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), haben zwei Akteursgruppen besonders beeindruckend reagiert: zum einen die **Studierenden als Motoren der Bewegung** an den Hochschulen, zum anderen **Bund und Länder als Zuwendungsgeber**. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement hätten die Studierenden Unglaubliches geleistet und der Politik sei es in einer unübersichtlichen Situation ohne belastbare Statistik gelungen, Mittel freizumachen, zu konzipieren und zu verausgaben.

Auch nach Auffassung von Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Bremen, hat das Hochschulsystem sehr gut und vor allem relativ unbürokratisch reagiert. „Das hängt sicher auch damit zusammen, dass es in den letzten fünfzehn Jahren im Wissenschaftsbereich einen starken **Internationalisierungsschub** gab, sodass die geflüchteten Wissenschaftler_innen und

Studierenden nicht als eine Belastung begriffen wurden, sondern vor allem als eine Chance und Bereicherung“, sagte Quante-Brandt. Auch wenn es noch bürokratische Hürden bei der Integration von Geflüchteten gebe, zum Beispiel bei Fragen der Statusanerkennung und des Leistungsbezugs, hätten die Hochschulen im Zusammenwirken mit der Politik sehr viel erreicht.

Bei der Finanzierung der zahlreichen Maßnahmen und Angebote der Hochschulen spielen **Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)** eine zentrale Rolle. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert den DAAD von 2015 bis 2019 mit 100 Mio. Euro, um Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in ein Studium zu unterstützen. DAAD-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel stellte zwei Programme näher vor. Im Rahmen des Programms **Welcome** werden Stellen (8 bis 10 Stunden pro Woche) für studentische Hilfskräfte finanziert, die sich an einer Hochschule für geflüchtete Studierende einsetzen, z.B. mit Tutorien, Mentoring, Infomaterialien, Übersetzungen oder Sprachkursen. „Für junge Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten und zu uns kommen, ist es sehr wichtig, dass sie mit einer emotionalen Wärme aufgenommen werden. Dafür braucht es Menschen vor Ort, die sich um die Studierenden mit Fluchthintergrund kümmern“, sagte Wintermantel. Auch das Programm **Integra** sei ein wichtiger Baustein auf dem Weg von Geflüchteten in ein Studium: Hier werden studierfähige Geflüchtete an deutschen Hochschulen und Studienkollegs unterstützt, indem sie sich durch Sprachkurse und fachliche Propädeutika auf ein Studium vorbereiten können. Bei beiden Programmen bestehe eine **große Nachfrage**, die das Volumen der Fördermittel deutlich überschreite, so Wintermantel.

Der DAAD betrachtet das Thema Hochschulbildung und Geflüchtete in einem großen Zusammenhang, erläuterte Wintermantel. So wurde zum Beispiel das „Leadership for Syria“-Programm aufgelegt, um jungen Menschen, die aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien nur noch sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur akademischen Qualifikation im Heimatland haben, ein Studium oder eine Promotion in Deutschland zu ermöglichen und sie so für die spätere Aufbauarbeit in ihrem Heimatland zu qualifizieren. Auch die Bekämpfung von Fluchtursachen wird in den Blick genommen. Deshalb fördert der DAAD zum Beispiel Studierende an zahlreichen Universitäten in den Nachbarländern Syriens mit Stipendien, damit sie in ihrer Heimatregion bleiben und dort eine akademische Qualifikation erzielen können.

HANDLUNGSBEDARF UND EMPFEHLUNGEN

Chance zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems

In der Diskussion wurde auch über Defizite bei der Integration von Geflüchteten in ein Studium gesprochen. Aus Sicht von Dr. Khaldoun Abaza, freiberuflich tätiger Wissenschaftler mit Fluchthintergrund, funktioniert das deutsche Hochschulsystem bei der Integration von geflüchteten Wissenschaftler_innen nicht zufriedenstellend: Er selbst verfüge über Forschungs- und Lehrerfahrungen sowohl an syrischen als auch an deutschen Universitäten und spreche mehrere Sprachen. Dennoch seien seine Bewerbungen im gesamten Bundesgebiet auf Stellen an Hochschulen seit Monaten erfolglos. Er sei noch nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen worden, so Abaza – vermutlich, weil er als Flüchtling negativ „gelabelt“ ist.

Andere Diskussionsteilnehmer_innen kritisierten, dass manche Akteure im Hochschulsystem die **besondere Situation von Geflüchteten** nicht nachvollziehen können. So habe zum Beispiel eine Stiftung einen syrischen Studierenden als Stipendiat für ein Masterstudium mit der Begründung abgelehnt, zwischen seinem Bachelorabschluss im Heimatland und dem Beginn des Masterstudiums in Deutschland sei mit drei Jahren zu viel Zeit vergangen. Unberücksichtigt blieb, dass dieser Zeitraum bedingt war durch die Flucht aus einem Kriegsgebiet und dem notwendigen Erwerb ausreichender Sprachkompetenzen. Auch bei der **Anerkennung der HZB** und anderer Dokumente gebe es immer noch große Unsicherheit, weil die Einzelfallentscheidungen oft sehr personenabhängig getroffen werden. Viele Geflüchtete sind enttäuscht, wenn sie nur an Gasthörerprogrammen teilnehmen können und keine Möglichkeit besteht, die dort erbrachten Leistungen auf ein späteres Studium anrechnen zu lassen. Sie wünschen sich einen schnelleren **Zugang zu einem Regelstudium**.

Dazu wurde angemerkt, dass das deutsche Hochschulsystem bei der Integration von Geflüchteten an manchen Stellen sicher noch besser funktionieren könnte. Doch seien viele negative Erfahrungen von Studierenden und Wissenschaftler_innen mit Fluchthintergrund kein spezielles Problem dieser Gruppe. So spiegele die erfolglose Stellensuche des promovierten Wissenschaftlers aus Syrien sehr genau die allgemein schwierige berufliche Situation der Postdocs in

Deutschland wider: Da das deutsche Wissenschaftssystem höchst kompetitiv ist und den zahlreichen Promovierten nur wenige Hochschulprofessuren gegenüberstehen, bewerben sich viele hoch qualifizierte Wissenschaftler_innen – auch ohne Fluchthintergrund – erfolglos auf eine Stelle an einer Hochschule. Viele der von Geflüchteten genannten Probleme seien auf **generelle Probleme des deutschen Hochschulsystems** zurückzuführen, etwa die zu geringe Anzahl an Professuren und Masterstudienplätzen. Die zutage tretenden Probleme sollten zum Anlass genommen werden, die strukturellen Defizite des deutschen Hochschulsystems zu beseitigen.

In verschiedenen Diskussionsbeiträgen wurde deutlich gemacht, dass das Thema Integration im Hochschulsystem nicht nur auf die Gruppe der Geflüchteten beschränkt ist, sondern umfassender im Rahmen der **Internationalisierung der Hochschulen** betrachtet werden müsse. Ziel sollte sein, geeignete Bedingungen zu schaffen, um **alle Studierenden mit Migrationshintergrund und ausländische Studierende** besser zu integrieren. Hier könnten die Erfahrungen mit Geflüchteten an den Hochschulen wichtige Rückschlüsse auf den Veränderungsbedarf geben. „Von den Geflüchteten geht ein Impuls für das Wissenschaftssystem aus, der eine begonnene Entwicklung verstärkt: in der Internationalisierung weiter voranzuschreiten“, so Quante-Brandt. Im Land Bremen würde der an den Hochschulen eingerichtete Rektoratsposten für Internationalisierung und Interkulturalität entscheidend dazu beitragen, die mit der Integration verbundenen Herausforderungen besser zu bewältigen. Die Internationalisierung der Hochschulbildung stehe auf der politischen Agenda des Landes weit oben und alle Hochschulen orientierten sich an diesem Leitbild.

Auch wenn die Hochschulen bereits viel Erfahrung mit internationalen Studierenden haben, werden sie sich durch die Erfahrung mit Geflüchteten noch einmal verändern, meinte HRK-Generalsekretär Dr. Jens-Peter Gaul. Viele Akzente, die Hochschulen im Umgang mit Geflüchteten setzen, würden zu ihrer Internationalisierungsstrategie sehr gut passen. Auch seien bereits Wirkungen auf die Studieninteressen feststellbar, etwa ein zunehmendes Interesse an Arabisch-Kursen unter deutschen Studierenden. Aufgrund **neuer Interessen und Bedarfe** sei davon auszugehen, dass sich an den Hochschulen die Studienangebote und in vielen Fächern auch die Forschungsfragen verändern müssen. „Ich finde diese Entwicklung im Kern uneingeschränkt positiv und würde uns gemeinsam wünschen, dass wir die Chancen ergreifen, die sich dadurch bieten“, sagte Gaul.

Die Arbeit mit Geflüchteten könnte an den Hochschulen auch einen wichtigen Prozess der Selbstreflexion anstoßen, insbesondere im **Umgang mit Diversität**, meinte Prof. Dr. Julia von Blumenthal. Bei der BIM-Befragung der Hochschulen hatte sich gezeigt, dass Angebote wie Antirassismusberatung bisher, wenn überhaupt vorhanden, von der verfassten Studierendenschaft angeboten werden, nicht jedoch von den Hochschulen selbst. Aus ihrer Sicht wäre es wichtig, dass in den Hochschulen Angebote und Unterstützungsstrukturen im Bereich Diversität institutionell verankert werden – nicht nur wegen der Gruppe der Geflüchteten, sondern auch aufgrund der insgesamt wachsenden Diversität an den Hochschulen. Dafür bedürfe es spezifischer Kompetenzen und der Sensibilität aller Hochschulangehörigen für die damit verbundenen Themen.

Stärkung qualifizierter Beratungsangebote

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Beratungsangebote einen sehr hohen Stellenwert für die Integration von Geflüchteten in ein Studium haben. Um den individuellen Bedarfen der Studierwilligen mit Fluchthintergrund gerecht zu werden, ist ein hoher Beratungsaufwand erforderlich. In der Beratung werden häufig nicht nur klassische Fragen der Studienvoraussetzungen und -bedingungen, sondern auch soziale Bereiche, rechtliche und finanzielle Fragen angesprochen. Dafür braucht es an den Hochschulen **qualifiziertes Personal** in ausreichender Zahl, aber auch die Beteiligung von Berater_innen mit Fluchthintergrund und entsprechenden Sprachkompetenzen. Gaul betonte, dass sich die Hochschulen hier in einem Lernprozess befinden. Sie müssten die notwendige Expertise teilweise erst noch aufbauen, seien in diesem Bereich aber sehr engagiert.

Von großer Bedeutung ist auch eine **frühzeitige Beratung** der Geflüchteten. Deshalb haben sich manche Hochschulen dazu entschlossen, auch bei Sprachkursen und studienvorbereitenden Kursen (die keine HZB voraussetzen) eine fundierte Beratung über Zugangsvoraussetzungen und Studienbedingungen mit einer Vorprüfung der HZB zu kombinieren. Dabei wird die Studienberechtigung auf Plausibilität geprüft und beispielsweise mit dem KMK-Tool Anabin eine generelle Dokumentenprüfung durchgeführt. So kann festgestellt werden, ob grundsätzlich die Möglichkeit eines Studiums besteht. Die Studierwilligen wissen dadurch schon relativ früh, welche Qualifikationen und Kompetenzen sie gegebenenfalls noch nachholen müssen. Mit dem Beratungsschein kann auch eine Berechtigung für eine kostenlose Dokumentenprüfung über uni-assist verbunden werden, die anschließend durchgeführt werden sollte. Auf diese Weise werden

keine falschen Hoffnungen geweckt und die Geflüchteten erhalten Sicherheit, ob sie nach erfolgreichem Abschluss der studienvorbereitenden Kurse ein reguläres Studium aufnehmen können.

Die Beratung der Geflüchteten sollte auch möglichst offen gestaltet werden, damit sie eine individuell richtige Entscheidung für ihren Bildungsweg treffen können. Dafür müssen sie beide Säulen des deutschen Bildungssystems – die **akademische und die berufliche Bildung** – kennenlernen. Um beiden Ausbildungswegen gerecht zu werden, könnte es sinnvoll sein, **neue Beratungsstellen** außerhalb der Hochschulen zu etablieren, in denen sowohl die wissenschaftlichen Einrichtungen als auch Akteure der Berufsbildung, etwa die IHK oder die Handwerkskammer, vertreten sind. Hilfreich könnten auch Kooperationen mit der Kommune und Zivilgesellschaft sein, etwa indem Qualifizierungsprogramme für Geflüchtete eingerichtet oder Praktikantenbörsen gemeinsam weiterentwickelt werden.

Beispielhaft für die Umsetzung eines neuen Beratungskonzepts unter Einbeziehung verschiedener Akteure ist das Hochschulbüro HERE in Bremen, das studierwillige geflüchtete Menschen auf dem Weg zu einem akademischen Abschluss durch intensive Beratung unterstützt.¹² Das Hochschulbüro kombiniert **Studienberatung, Sprachberatung und Verweisberatung**. Auch wurden Kooperationen mit Akteuren der beruflichen Bildung aufgebaut, zum Beispiel der Jugendberufsagentur. Die Verweisberatung wurde integriert, um nicht nur ein Studium, sondern auch andere Bildungswege berücksichtigen zu können.¹³

Unabhängig von solchen Ansätzen ist es jedoch notwendig, die hochschulischen Beratungsangebote weiter auszubauen: Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, auf den enorm gestiegenen Beratungsbedarf angemessen reagieren zu können.

Ein umfangreiches **Online-Angebot zur Information und Beratung** von Studierenden mit Fluchthintergrund stellt auch der DAAD zur Verfügung. Die Internationale DAAD-Akademie bietet für Hochschulen, Expert_innen und andere Akteure vielfältige Qualifizierungsangebote an, die Orientierung in der komplexen Thematik und konkrete Hilfestellung bei der Beratung von Geflüchteten geben können.

Zusammenarbeit mit Jobcentern

In der Diskussion wurde auf das Problem aufmerksam gemacht, dass in den Jobcentern zu wenig Wissen über die Möglichkeiten eines Hochschulstudiums

von Geflüchteten vorhanden ist. In der Beratung der Jobcenter stehe die Vermittlung in einen Integrationskurs, eine Ausbildung oder Beschäftigung im Vordergrund. Sprachkurse werden oftmals geringer als Integrationskurse gewertet. Eine Folge dieser Unkenntnis ist, dass die Teilnahmemöglichkeiten an studienvorbereitenden Maßnahmen der Hochschulen nicht angemessen berücksichtigt werden. So kann es zum Beispiel passieren, dass eine_m Geflüchtete_n, der/die in ihrem/seinem Heimatland bereits vier Semester Soziologie studiert hat, eine Handwerksausbildung nahegelegt wird. An den Jobcentern sei **intensive Aufklärung** notwendig, um eine höhere Beratungsqualität sicherzustellen.

Hierzu wurde vorgeschlagen, nach dem Vorbild der BAMF-Handreichung für die Hochschulen und Studentenwerke zum Hochschulzugang und Studium von Flüchtlingen eine **spezielle Handreichung für die Jobcenter** zu entwickeln, um die Mitarbeiter_innen über die Ausbildungswege an Hochschulen und die Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten in ein Studium zu informieren.

Verbesserungen könnten auch dadurch erreicht werden, dass Sprachkurse einen anderen Stellenwert erhalten. Im Land Bremen wurde zum Beispiel das Fremdsprachenzentrum, das für alle Hochschulen im Land zuständig ist, als Integrationskursträger anerkannt. Wichtig ist aber auch der **direkte Kontakt** zwischen Hochschulangehörigen und Mitarbeiter_innen der Jobcenter. Dafür braucht es Hochschulpersonal, das darauf spezialisiert ist, die Jobcenter bei diesen Themen professionell zu beraten und ihren Blick auf geeignete Lösungen zu richten.

Klare Aufgabenteilung und Verantwortlichkeiten

In der Diskussion herrschte Einigkeit, dass an den Hochschulen die Aufgaben klar zugeordnet und Verantwortlichkeiten definiert werden müssen, um eine professionelle Arbeit im Umgang mit den Geflüchteten sicherzustellen. Dies gilt in Bezug auf die **Rollenverteilung** der Hochschulakteure (z.B. Professor_innen, Verwaltungspersonal, hauptamtliche Mitarbeiter_innen und ehrenamtlich Engagierte), aber auch in Bezug auf die Aufgaben der Hochschule und hochschulexterner Akteure.

Dass Hochschulen nicht alles leisten können, wird beim Thema **Traumatisierung von Geflüchteten** besonders deutlich. In der Beratung der Hochschulen ist das Thema schon relativ stark präsent, doch verfügen

Hochschulen nicht über die notwendige Expertise, um mit traumatisierten Menschen adäquat umgehen zu können.

Hier ist eine klare Trennung vorzunehmen: Die Behandlung von Traumatisierungen muss außerhalb der Hochschule in dafür spezialisierten Einrichtungen mit qualifiziertem Personal stattfinden. Das Beratungspersonal an Hochschulen muss aber im Einzelfall erkennen, ob eine Traumatisierung vorliegt und die betroffene Person an eine kompetente Stelle weiterverweisen bzw. über psychotherapeutische Unterstützungsangebote im Umfeld der Hochschule informieren. Dafür müssen die Berater_innen entsprechend geschult werden.

Gleichbehandlung aller Studierwilligen beim Studienzugang

In der Diskussion kritisierten Studierwillige mit Fluchthintergrund, dass sie keine Zulassung zu einem Studium erhalten haben, obwohl sie über eine HZB aus ihrem Herkunftsland, eine abgeschlossene Berufsausbildung und mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen. Der **Weg zur Anerkennung** der Dokumente sei zu bürokratisch und die Zertifikate aus den Herkunftsländern würden im Qualifikationsniveau häufig zu stark zurückgestuft (so sei z.B. in einem Fall das Abitur in Syrien auf das Niveau der 9. Klasse in Deutschland gesetzt worden).

Darauf wurde erwidert, dass Studieninteressierte mit Fluchthintergrund nicht davon ausgehen können, sofort zu studieren. Die HZB anderer Länder entspreche tatsächlich häufig nicht dem Niveau der deutschen HZB, die jedoch den Maßstab für die Zulassung zu einem Studium darstellt. Um die erforderlichen, aber noch fehlenden Qualifikationen zu erwerben, gebe es verschiedene Möglichkeiten. Aber selbst wenn die sprachlichen Voraussetzungen erfüllt sind und die notwendigen Zertifikate vorliegen, konkurrieren Bewerber_innen mit Fluchthintergrund in **zulassungsbeschränkten Studiengängen** immer mit anderen Studienplatzbewerber_innen, die die erforderlichen Voraussetzungen ebenfalls erfüllen. In dieser Frage sei eine **Gleichbehandlung mit anderen internationalen Studierenden und deutschen Studierenden** unverzichtbar.

In zulassungsbeschränkten Studiengängen haben die Hochschulen die Zulassung von ausländischen Studierenden mit einer **Quote für Ausländer_innen** geregelt, die derzeit bundesweit zwischen 5 bis 12 Prozent liegt. An den Bremer Hochschulen wurde zum Beispiel eine achtprozentige Quote für ausländische Studieren-

de festgelegt, in die auch die Geflüchteten eingehen. „Wir haben mit der Zugangsprüfung für Geflüchtete, die auf die ausländische HZB aufsattelt, einen Zugang geschaffen, der keine Selektion erzeugt“, sagte Prof. Dr. Eva Quante-Brandt. Dies sei angesichts der harten Konkurrenz in zulassungsbeschränkten Studiengängen auch notwendig gewesen. Sonderregelungen für Geflüchtete bei gleichzeitiger Ablehnung deutscher Studierwilligen mit sehr guten Noten könne ein Gefühl der Ungerechtigkeit befördern, das zu erheblichen sozialen Spannungen und negativen Entwicklungen führt. Deshalb sei es sehr wichtig, hier **faire Regelungen** zu etablieren, die auch klar kommuniziert werden müssten.

Hier wurde kritisch gesehen, dass anerkannte Flüchtlinge, die ein Studium aufnehmen möchten, als internationale Studierende eingeordnet werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention sage eindeutig das Gegenteil: Anerkannte Flüchtlinge seien gleichwertig mit deutschen Staatsbürger_innen und müssten deshalb gleichbehandelt werden. Wenn Geflüchtete in zulassungsbeschränkten Studiengängen unter die Ausländerquote fallen, sei dies aus rechtlicher Sicht fragwürdig.¹⁴

Quante-Brandt machte hingegen deutlich, dass Gleichbehandlung auch die **Gleichbehandlung der Leistungsbewertung** einschließt: Die Leistungen von Geflüchteten müssten mit denen deutscher Abiturient_innen vergleichbar sein. Wenn aufgrund verlorener Unterlagen keine Bewertung möglich sei, fehle diese Voraussetzung für eine Zulassung zum Studium. Dann sei die Ausländerquote eine sinnvolle Möglichkeit, Geflüchteten überhaupt den Weg in ein Studium zu ermöglichen. Sie könnten dann Prüfungen absolvieren, die als Äquivalent zum deutschen Abitur als HZB gelten.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Jürgen E. Zöllner, Bildungssenator a.D., sollte im Hochschulsystem grundsätzlich daran festgehalten werden, dass der Zugang zum Studium eine bestimmte Qualifikation erfordert und **keine Sonderregelungen für die Gruppe der Geflüchteten** etabliert werden. Alle Studierwilligen müssten akzeptieren, dass bestimmte Regelungen getroffen werden müssen, wenn Studienplätze in manchen Fächern zu stark nachgefragt werden und die Bewerber_innen in großer Konkurrenz um einen Studienplatz stehen. Diese Rahmenbedingungen seien von vornherein klar zu machen, um keine falschen Erwartungen zu erzeugen. Doch müsse auch dafür gesorgt werden, dass für die Geflüchteten geeignete Möglichkeiten bestehen, die notwendigen Qualifikationen zu erlangen.

Weitere Förderung und Professionalisierung der Strukturen

Prof. Dr. Julia von Blumenthal betonte, dass die weitere Förderung mit einer Professionalisierung der Strukturen in den Hochschulen verbunden werden sollte. Am Beispiel der Buddy-Programme sei deutlich geworden, dass das ehrenamtliche Engagement von Studierenden eine sehr große Bedeutung bei der Integration von Geflüchteten hat, zugleich aber auch die dringende Notwendigkeit besteht, dieses Engagement zu professionalisieren. Dafür müssten **langfristige Fördermittel** bereitgestellt werden.

Auch wurde in der Diskussion eine konkrete Perspektive für die Weiterentwicklung der DAAD-Förderung aufgezeigt. Im Welcome-Programm unterstützt der DAAD das ehrenamtliche Engagement von Studierenden für Geflüchtete. Damit die dabei erworbenen Kompetenzen weiterentwickelt und genutzt werden können, sollte die Förderung auf das **Engagement der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen** ausgeweitet werden.

Zudem sollte angestrebt werden, das freiwillige Engagement der Studierenden stärker in den gesamten Prozess des Studierens zu integrieren. So könnte zum Beispiel das Engagement mit einem Modul – etwa der Fortbildung – und mit der **Anerkennung von credit points** verbunden werden.

Unterstützungsstrukturen für Gleichstellung

Diskutiert wurde auch über die Frage, welche Unterstützungsstrukturen für Gleichstellung und Frauenförderung die Hochschulen für Geflüchtete bereits etabliert haben. Offenbar gibt es in diesem Bereich erst wenige Initiativen, etwa den Versuch, Kinderbetreuungsplätze zu vermitteln oder die Einrichtung von Beratungszentren von und für Frauen.

Gegenwärtig zeigt sich ein **sehr unausgewogenes Geschlechterverhältnis** bei Studierwilligen mit Fluchthintergrund, das etwa bei neun Männern zu einer Frau liegt. Manche Hochschulen arbeiten deshalb an einem speziellen Angebot, das die **Beteiligung von geflüchteten Frauen an einem Studium** erhöhen soll. Ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis zeigt sich aber auch beim ehrenamtlichen Engagement an den Hochschulen: Einem hohen Frauenanteil unter den unterstützenden und beratenden Studierenden steht ein sehr hoher Männeranteil auf der Seite der Geflüchteten entgegen, die Beratung und Unterstützung suchen.

Unter den Geflüchteten zeigt sich zudem, dass die gesellschaftlichen **Normen der Gleichstellung** in Deutschland häufig nicht bekannt sind bzw. andere Vorstellungen über das Geschlechterverhältnis verbreitet sind. Darüber muss in den Beratungen der Hochschulen aufgeklärt werden, was eine erhebliche Herausforderung darstellt. Inzwischen zeigen sich bereits Tendenzen, dass sich junge Frauen aus ihrem ehrenamtlichen Engagement wieder zurückziehen, weil sie den Diskurs über Fragen der Gleichstellung nicht auf dieser Ebene führen möchten oder sich überfordert fühlen. In diesem Punkt müssen die jungen Frauen unbedingt gestärkt werden, damit sie sich selbstbewusst und kompetent über die Rollenverteilung der Geschlechter und Gleichberechtigung austauschen können, so Prof. Dr. Eva Quante-Brandt: „Hier ist eine andere Art der Auseinandersetzung, eine andere Art der Kommunikation gefragt. Wir müssen die beratenden und unterstützenden jungen Menschen stark machen – insbesondere die jungen Frauen – damit sie unser Verständnis des kulturellen Lebens, wie wir es uns wünschen und vorstellen, gut vermitteln können.“

Klärung offener Fragen

Bei der Integration von Geflüchteten in ein Studium sind noch einige finanzielle und rechtliche Fragen zu klären, um gerechte und rechtssichere Lösungen zu schaffen. Von zentraler Bedeutung ist die Frage, wie Geflüchtete ihr Studium finanzieren und Finanzierungslücken geschlossen werden können, etwa indem das Asylbewerberleistungsgesetz, die Sozialgesetzgebung und das BAföG besser aufeinander abgestimmt werden.

Das Land Berlin hat einen Weg gefunden, die **Förderlücke bei der Finanzierung des Lebensunterhalts** beim Übergang in ein Studium von Geflüchteten zu schließen. Diese Lösung wird seit Oktober 2016 umgesetzt und könnte für die Hochschulen anderer Bundesländer auch ein realisierbares Modell sein. Gegenwärtig entfallen nach 15 Monaten Aufenthalt die Sozialleistungen für Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden. In Berlin hat man sich darauf verständigt, dass bei Geflüchteten, die eine BAföG-fähige Ausbildung (Studium oder studienvorbereitende Kurse) aufnehmen, ein Härtefall vorliegt – mit der Folge, dass die Sozialleistungen weiter gewährt werden. Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat die Sozialämter angewiesen, in diesen Fällen so zu agieren.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob und wie der **Flüchtlingsstatus an den Hochschulen** erfasst werden sollte. Momentan erheben die Hochschulen den

Flüchtlingsstatus nicht systematisch. Dr. Jens-Peter Gaul meinte, es wäre im Interesse aller, wenn die Datenlage in diesem Bereich auf der Basis sozialwissenschaftlicher Standards zeitnah verbessert werden könnte. Dies würde den Hochschulen auch dabei helfen, Maßnahmen für die Integration von Geflüchteten in ein Studium passgenauer zu planen und zu koordinieren. Bei der Erhebung des Flüchtlingsstatus an Hochschulen wurde das Problem gesehen, dass hier schnell der Vorwurf des Rassismus oder der Stigmatisierung erhoben werden könnte. Die Geflüchteten wollten möglichst schnell als **reguläre internationale Studierende und nicht als „Flüchtlinge“** wahrgenommen werden. Zudem gebe es Grenzen der Erhebungsfähigkeit, da auf unterschiedliche Datenquellen zurückgegriffen werden muss und teilweise nur summarische Informationen vorhanden sind.

Einigkeit bestand darin, dass es insgesamt mehr **qualifiziertes Personal** an Hochschulen in ausreichender Zahl braucht, vor allem Deutschlehrer_innen, aber auch Berater_innen. Auch bräuchte es mehr **Lehr- amtsstudierende mit Migrationshintergrund**, die einen anderen Zugang zu den Bedürfnissen der Zielgruppe haben und durch ihre erfolgreiche Integration in ein Studium auch Vorbild für andere Studieninteressierte mit Fluchthintergrund sein können.

Besondere Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft

Deutlich wurde in der Diskussion die besondere gesellschaftliche Rolle der Hochschulen bei der Integration geflüchteter Menschen: Hochschulen seien Orte des intellektuellen Austauschs, an denen ein offener Diskurs geführt und kulturelle Vorstellungen diskutiert werden. Sie könnten bei der Integration eine **Vorreiterrolle in der Gesellschaft** übernehmen, weil Studierende und Wissenschaftler_innen per se am internationalen Austausch interessiert sind und Hochschulen ein integrationsfreundliches Umfeld darstellen. Deshalb müssten Hochschulen noch stärker als bisher **Räume der Begegnung und des Dialogs** schaffen. Die Integration der Geflüchteten ins Hochschulsystem sei mit großen Chancen verbunden, weil dadurch auch die Internationalisierung der Hochschulen befördert und insgesamt positive Entwicklungen an den Hochschulen vorangetrieben werden.

Die Integration von Geflüchteten in Hochschulen und Gesellschaft könne aber nur dann gelingen, wenn Maßnahmen an den Hochschulen, zivilgesellschaftliche Aktivitäten und staatliche Unterstützung langfristig miteinander verbunden werden.

FUSSNOTEN

- ¹ Vgl. Angela Borgwardt/Marei John-Ohnesorg/Jürgen Zöllner: Hochschulzugang für Flüchtlinge – Aktuelle Regelungen in den Bundesländern. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2015, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/11642.pdf>
- ² Die Ergebnisse der Konferenz am 4. Februar 2016 sind zusammengefasst in: Angela Borgwardt: Refugees Welcome – Hochschulzugang für Geflüchtete. <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12515.pdf>
- ³ Die Studie wurde im Rahmen des BIM-Forschungs-Interventions-Clusters „Solidarität im Wandel?“ umgesetzt. Vgl. https://www.bim.hu-berlin.de/media/Forschungsbericht_BIM_Fluchtcluster_23032017.pdf
- ⁴ Darüber hinaus waren Katja Wegmann und Valentin Feneberg als Mitarbeitende an der Erarbeitung beteiligt.
- ⁵ Laufzeit des Projekts: April bis Dezember 2016. Zu den Zwischenergebnissen vgl. https://www.bim.hu-berlin.de/media/Pr%C3%A4sentation_HochschulenUndGefl%C3%BChtete_BIM_23112016.pdf
- ⁶ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Hochschulzugang und Studium von Flüchtlingen. Handreichung für Hochschulen und Studentenwerke (Stand: Oktober 2016). Nürnberg 2016, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/handreichung-hochschulzugang-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile
- ⁷ Zu den Bildungsaspirationen von Geflüchteten siehe die Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Studie: IAB-Kurzbericht 24/2016, <http://doku.iab.de/kurzber/2016/kb2416.pdf>
- ⁸ Siehe <https://www.hawk-hhg.de/hochschule/208402.php>
- ⁹ Siehe <http://www.fu-berlin.de/sites/welcome/angebote-welcome/>
- ¹⁰ Siehe <http://hochschule-ohne-grenzen.org/content/4/was-ist-die-hochschule-ohne-grenzen.html>
- ¹¹ Für mehr Informationen siehe <http://www.aeworldwide.de/>.
- ¹² Siehe <http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.175896.de&asl=bremen02.c.730.de>
- ¹³ Sonderprogramm 2016: Beratung und Begleitung von Studierenden mit Fluchthintergrund. Internationale DAAD-Akademie, https://www.daad-akademie.de/medien/ida/ida_brosch-sonderprog-2016_160120_low.pdf
- ¹⁴ Jedoch besteht derzeit bei Vorliegen einer ausländischen HZB – wie dies bei Geflüchteten in der Regel der Fall ist – keine andere Möglichkeit, als eine Zulassung für einen zulassungsbeschränkten Studiengang innerhalb der Ausländerquote zu erteilen.

DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Dr. Angela Borgwardt, Politikwissenschaftlerin und Germanistin, arbeitet als freie wissenschaftliche Publizistin und Redakteurin in Berlin.

HOCHSCHULPOLITIK

In der Reihe Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung werden Beiträge und Empfehlungen zur künftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems entwickelt.

Digitale Versionen aller Publikationen:
<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/>

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-95861-777-3
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2017
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Anett Borchers, Anne Felmet
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

KONTAKT UND FEEDBACK

Marei John-Ohnesorg
Bildungs- und Hochschulpolitik
Marei.John@fes.de

Diese Publikation können Sie per e-mail nachbestellen bei: Anett.Borchers@fes.de